

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

„Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 65 Nr. 7, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich 3 M., 10 S. Monatlich 55 Pf. Postzusatzliste Nr. 4088 a 8. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52. Sonnabend, den 2. März 1895. 2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 28. Februar 1895.

48. Sitzung.

Präsident von Levetzow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Am Bundesrathstisch: Fürst Hohenlohe, v. Bötticher, Polmann u. A.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Marine-Etats.

Referent der Budgetkommission ist Abg. Dr. Lieber (Z.), der dem Plenum im Namen der Kommission empfiehlt, die wie im Vorjahre auch diesmal die von der Regierung geforderten Personalvermehrungen für das Oberkommando der Marine abgelehnt hat, diesem Beschlusse der Kommission beizutreten.

Staatssekret. des Reichsmarineamts Vize-Admiral v. Hollmann tritt noch einmal für die Forderung ein.

Das Haus stimmt dem Beschlusse der Kommission zu.

Ohne Debatte stimmt dann das Haus den in der Kommission beim Kapitel Reichsmarineamt gemachten Abstrichen zu.

Beim Kapitel 47, Seewarte und Observatorien, nimmt dann das Haus die folgende von der Kommission vorgeschlagene Resolution an:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen; die den in Berlin stationierten Mitgliedern der Marinebehörden der Reichsverwaltung gewährte Ortszulage von 600 Mark auf die gleichgestellten Beamten in Hamburg für das nächste Jahr in Aussicht zu nehmen.“

Ebenso wird eine Resolution beim Kapitel 50, Seeförderung und Gariboldischießen, angenommen:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Aufbesserung des Gehalts der Boikschullehrer an den Marinehochschulen in Erwägung zu nehmen.“

Lingenß (Z.) tritt für die Parität in der Seeförderung für die Marineoffiziere und für bessere Innehaltung der Sonntagsruhe, namentlich auf den Werften, ein.

Bei Kapitel 51, Geldverpfllegung der Marine, beantragt die Kommission Abstriche in Höhe von 140 M. Das Haus beschließt demgemäß.

Im Kapitel 52, Betrieb der Flotte, hat die Kommission 618500 M. gestrichen.

Staatssekretär Hollmann betont, daß die Abstriche, falls sie auch vom Plenum ausgesprochen werden sollten, den Betrieb der Flotte aufs Empfindlichste schädigen würden. Die Marineverwaltung verlange nur das unbedingt Nothwendige. Er bitte, die Forderung der Regierung wieder herzustellen.

Rickert (Zg.) macht darauf aufmerksam, daß trotz der Streichungen noch über eine Million mehr als im Vorjahre bewilligt worden sei. Er frage, ob die Marineverwaltung im Vorjahre angekommen ist.

Staatssekretär Hollmann erklärt, daß die Verwaltung nur unter Zurückstellung nothwendiger Ausgaben im Vorjahre angekommen sei.

Das Haus beschließt den Anträgen der Kommission gemäß.

In Kapitel 53 „Naturalverpfllegung“ hat die Kommission 73050 Mark gestrichen, weil sie eine Steigerung der Naturalienpreise annimmt.

Das Haus beschließt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen nach den Kommissionsbeschlüssen.

Kapitel 54, Titel 1, „Besoldungen“, und Titel 2, „Vöhrnung für Dekonomiehandwerker“, wird ohne Debatte bewilligt.

Bei Titel 3, „Sachliche Ausgaben“, Bekleidungskosten der Marine-Infanterie bringt

Hammacher (M.) die Petition einer rheinischen Handelskammer zur Sprache, die sich beklagt, daß die Tuchlieferungen nicht im Submissionswege vergeben würden.

Direktor im Reichsmarineamt Wilhelm Jensen erwidert, daß jetzt eine beschränkte Submission stattfindet.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Kapitel 55, 56, 57, 58 und 59 werden debattelos nach den Kommissionsbeschlüssen genehmigt.

Bei Kapitel 60, „Instandhaltung der Flotte und der Werftanlagen“, Titel 1, „elf Reffortdirektoren“, wird das System der Dienstalterszulagen für die Marineoffiziere bei den Werftverwaltungen zwischen Rickert (Zg.) und dem Staatssekretär Hollmann erörtert.

Legien (S.) bespricht die Entlassung von 500 Arbeitern der Kieler Werft, die im letzten Jahre erfolgt sei, obwohl die Arbeiter um eine Verkürzung der Arbeitszeit gebeten hätten, damit sie nur beschäftigt blieben. Darauf sei aber der Staatssekretär des Reichsmarineamts nicht eingegangen, ohne daß er Gründe dafür angegeben hätte. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die zahlreichen Einwohner der Gemeinde Gaarden, die fast nur auf die kaiserliche Werft angewiesen seien.

Staatssekretär Hollmann (auf der Tribüne fast unverständlich): Es ist der Marineverwaltung ja unangenehm, heute soviel, morgen soviel Arbeiter zu beschäftigen, aber wir befinden uns in dieser Nothlage. Wir haben großen Bedarf an Arbeitern zu den Zeiten, wo die Landwehrschiffe ausgebaut werden. Wenn wir allen Arbeitern weitere Beschäftigung geben wollten, müßte die Arbeitszeit verkürzt werden. Es ist ja Pflicht einer wohlwollenden Verwaltung, die Arbeiter möglichst dauernd zu beschäftigen. Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit waren die Ansichten der Arbeiter selbst sehr getheilt. Die älteren Arbeiter, die für eine Familie zu

sorgen hatten, stimmten für die Beibehaltung der vollen Arbeitszeit, die jüngeren Arbeiter aber für eine Verkürzung. Soweit es in der Kompetenz der Verwaltung liegt, sorgt sie für das Wohl ihrer Arbeiter, sie entläßt sie nicht gern. Immer läßt sich jedoch das nicht vermeiden.

v. Kardorff (M.) erklärt, die Antwort des Staatssekretärs nicht gehört zu haben. Die Arbeiterentlassungen seien eine nothwendige Folge der im vorigen Jahre nicht erfolgten Bewilligung von neuen Schiffsbauten. Bevor die Sozialdemokraten sich über die Arbeiterentlassungen beschwerten, sollten sie lieber die Forderungen der Marineverwaltung erfüllen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Hammacher (M.) tritt diesen Ausführungen bei. Die Sozialdemokraten hätten ja die Beschäftigung der Arbeiter auf den Werften in der Hand. Sie brauchen nur die neuen Schiffsbauten zu bewilligen. (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber die Sozialdemokraten geben den Arbeitern immer Steine statt Brod.

Legien (S.): Der Staatssekretär hat, darauf mache ich die Abg. v. Kardorff und Hammacher aufmerksam, selbst zugegeben, daß der Wechsel in der Zahl der Arbeiter auf der Werft in Kiel nicht eine Folge der Nichtbewilligung von Neubauten ist, sondern daß dieser Wechsel alljährlich eintritt. Welche Abgeordnete scheinen das überhört zu haben und die Besetzung bemühen zu wollen, gewissermaßen einen Druck auf uns auszuüben, um nach außen zu bewirken, daß wir fürherhin für die Forderungen der Marine stimmen sollen. Das ist auch die Absicht der Broschüre „Fort mit der Marine“. Der Autor hat nicht einmal gewagt, seinen Namen unter das Schriftstück zu setzen. Wenn es nach der Sozialdemokratie gegangen wäre, wären die Arbeitermassen in den Werften von Kiel, Wilhelmshaven und Danzig nicht angehäuft worden. Wir haben uns von vornherein gegen jede Marineforderung erklärt. Sie aber, meine Herren, sind diejenigen, die nach den Bewilligungen die Verantwortung tragen, und hätten alle Ursache, dafür zu sorgen, daß die durch Ihre Bewilligung zusammengezogenen Arbeiter nicht auf die Straße gesetzt werden. Die Schuld ist also nicht die unsere, sondern Ihre. Nach Ihrer Logik müßten wir schließlich Alles bewilligen. Und dabei hat Herr Dr. Hammacher selber, glaube ich, die Forderung von 2 1/2 Millionen für Torpedos abgelehnt. (Sehr richtig! links.) Gerade die von der Entlassung betroffenen Arbeiter stimmen uns Sozialdemokraten in unserer ablehnenden Haltung den Bewilligungen gegenüber zu.

Die in Kiel entlassenen Arbeiter haben in einer Versammlung erklärt, daß trotzdem sie dadurch in Noth gerathen, wenn weitere Arbeiten in der Marine nicht gemacht werden, sie sich doch auf den Standpunkt stellen, daß vor der Hand weitere Marinebewilligungen nicht gemacht werden. Jene Arbeiter wissen ganz genau, daß das, was sie eventuell von der Werft an Lohn bekommen, durch das indirekte Steuersystem, welches Sie anspricht erhalten, ihnen und der Arbeiterklasse aus der Tasche herausgezogen wird, daß eben diese indirekten Steuern von den nothleidenden Schichten des Volkes aufgebracht werden. Im Interesse des Gemeinwohls erklären diese Arbeiter: es muß gegen jede Marineforderung gestimmt werden. Ich möchte Ihnen rathen, sich ein klein wenig von diesem Sinn für das Gemeinwohl selber anzueignen. Herr Dr. Hammacher meinte auch, es wäre eine Ungerechtigkeit, wenn die Arbeitszeit verkürzt und ein größerer Theil der Arbeiter zu niedrigeren Löhnen beschäftigt würde. Ja, Herr Dr. Hammacher, auch die Arbeiter, die das verlangen, handeln im Interesse ihrer Kollegen. Sie wollen sich mit niedrigen Löhnen begnügen, um die anderen Kollegen nicht zur Entlassung kommen zu lassen. Auch das ist ein Beweis für das Solidaritätsgefühl in Arbeiterkreisen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Der Herr Staatssekretär hat einen Grund für die Arbeiterentlassungen nicht angegeben. Er erklärte selbst, die Arbeiter fänden in Kiel keine Beschäftigung. Darauf sollte die Verwaltung Rücksicht nehmen. Weßhalb nun trotzdem eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht erfolgt ist, die bei der Entlassung vorgebeugt hätte, dafür hat der Staatssekretär keinen Grund angegeben. Er sagte nur, der Wohlfahrtsausschuß hätte sich schon damit beschäftigt, und die älteren Arbeiter hätten sich sämtlich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen. Soweit ich von Werftarbeitern unterrichtet bin, ist das nicht der Fall, sondern die Masse der Arbeiter und gerade die älteren, die da wissen, was es heißt, mit der Familie brodlos werden, haben sich für die Verkürzung ausgesprochen. (Hört, hört! links.) Und selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre, die Rücksichtnahme auf das Wohl der Arbeiter hätte die Werftverwaltung bestimmen sollen, trotz des Widerspruchs der älteren Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen. Wenn man uns erklärt, daß bei den Staatsbetrieben auf das Wohl der Arbeiter am meisten gesehen werde, so beweise man es durch Thaten. Aber diese Entlassung einer großen Zahl von Arbeitern unter Umständen, wo es klar und deutlich ist, daß sie am Ort keine Beschäftigung finden können, also mit Weib und Kind in bitterster Noth gerathen müssen, zeigt uns, daß man nicht gewillt ist, die Staatsbetriebe hauptsächlich zu dem zu machen, was sie angeblich sein sollen: Musteranstalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Hollmann: Ich muß Herrn Legien berichtigen, die Schiffsbauten haben selbstverständlich erheblichen Einfluß auf die Beschäftigung der Arbeiter. Sonst brauchen wir Arbeiter nur für Reparaturen, sind diese beendet, dann müssen eben Arbeiter entlassen werden.

Rickert (Zg.): Der Hauptschaden bei der in Rede stehenden Angelegenheit liege in der Unregelmäßigkeit der Neubewilligungen. In einem Jahre sind 10 Millionen, im zweiten 32 Millionen bewilligt worden. Es werden ungeheure Mengen Arbeiter herangezogen, dann werden sie plötzlich entlassen. Uebrigens sind in letzter Zeit nicht erhebliche Massenentlassungen vorgekommen, der jetzige Stand von 10700 Arbeitern muß ein ziemlich hoher genannt werden. Zu verlangen ist doch aber auch nicht, daß wir nur um Arbeit zu schaffen, die Bauten neuer Schiffe bewilligen sollen.

v. Kardorff (M.) will nochmals vor dem Laude konstatieren, daß die Sozialdemokraten keine Kriegsschiffe und auch kein Heer wollten. (Unruhe.) Wenn die Kieler Werftarbeiter so beschränkt

seien, daß sie die Nothwendigkeit neuer Schiffsbauten nicht einsehen, dann könne er deren Entlassung nicht bedauern. Diese Arbeiter seien dann leider von den sozialdemokratischen Führern zu dem Glauben verleitet, daß ein Staat überhaupt ohne Steuern existieren könne. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (S.): Zunächst möchte ich berichtigend feststellen, daß von unserer Seite noch niemals ausgesprochen worden ist, daß wir kein Heer und keine Marine wollen, auch der Abg. Legien hat das nicht gesagt. Herr v. Kardorff hat hier eine Unterstellung gemacht, zu der ihm Abg. Legien keine Veranlassung gegeben hat. Unsere Stellung zu Heer und Marine haben wir oft, zuletzt bei der neuen Militärvorlage, klargestellt. Daß es sich um eine prinzipiell andere Stellung zu der Organisation dieser beiden Institutionen handelt, sollte man allmählich in diesem Hause auf allen Seiten wissen, namentlich auch auf der Seite des Herrn v. Kardorff. Aber die Anschauungen, die heute die Herren uns entgegengetragen haben, würden konsequenter Weise dazu führen, daß jede Forderung, die hier in Bezug auf Marine und Militär gestellt wird, von uns bewilligt werden müßte, weil damit ja auch bis zu einem gewissen Grade eine Mehrarbeit für die Arbeiter verbunden ist. Das Geld wird zum größten Theil für Zwecke ausgegeben, die bald diesem, bald jenem Industriezweig zu Gute kommen. Aber nun folgern zu wollen, weil dem so ist, müßten wir auch nun unsererseits die geforderten Bewilligungen gutheißen, das ist wirklich, ich möchte sagen, ein lächerlicher Standpunkt. (Unruhe rechts.) Aber auch Sie sind ja gar nicht gewillt, diesen Standpunkt zu akzeptieren, auch Sie waren, vor einem Jahre wenigstens, sehr wenig geneigt, neue Mehrforderungen zu bewilligen. Sie haben soviel gestrichen, daß selbst wir ein Vergnügen daran gehabt haben. Damals waren allerdings bestimmte Gründe für Sie vorhanden. Heute sind Sie in einer anderen Situation, heute bewilligen Sie weit mehr als damals, aber doch immer noch nicht soviel, als verlangt wird. Unser Standpunkt ist ungemein einfach. Wir vertreten das allgemeine Interesse (Widerspruch rechts), natürlich wie wir es verstehen und auffassen. Daß unser Standpunkt ein himmelweit verschiedener von dem Ihren ist, zeigt sich bei jeder Verhandlung, die wir hier führen. Wir haben uns auch nicht beschwert, daß keine Arbeit vorhanden sei. Wenn der Staat in seinen Werften keine Arbeit hat, so sind wir die Letzten, die sagen: Du mußt Arbeit schaffen. Hier war aber Arbeit vorhanden und es handelte sich darum, die Arbeit so einzutheilen, daß alle Arbeiter beschäftigt werden. Das war die ganze Forderung. Es sind 5-600 Arbeiter entlassen worden im vorigen Frühjahr. Abg. Legien meinte mit Recht, daß die Entlassung lange nicht so viele Arbeiter hätte betreffen dürfen, wäre die Arbeit anders eingetheilt worden, durch Verkürzung der Arbeitszeit. Auch Herr Rickert hat das ja zugegeben. Das ist keine sozialistische Forderung, das thut schon heute jeder humane Privat Arbeitgeber. Als ich früher noch ein Geschäft hatte, habe ich lieber die Arbeitszeit um ein Viertel verkürzt, als daß ich ein Viertel der Arbeiter entlassen hätte. — Nun sagte Herr von Kardorff, wir sind fortgesetzt gegen indirekte Steuern und wir wüßten ganz genau, daß das viele Geld, was gebraucht wird, durch die Besteuerung nicht aufgebracht werden kann, umsonst, als wir Sozialdemokraten den Arbeitern überhaupt nicht direkt besteuert wissen wollten. Herr von Kardorff behauptet da Dinge in's Blaue hinein, für die er absolut keine Unterlage hat. Wir verlangen weiter nichts, als daß ein gewisses Existenzminimum steuerfrei ist. Aber bei einer Aufhebung der indirekten Steuern würden wir es ganz gerechtfertigt finden, daß die Arbeiter entsprechend ihrem Einkommen zu den direkten Steuern herangezogen werden. (Zurück rechts.) Jawohl, ich habe durchaus nichts dagegen, daß ein Arbeiter, der 600 Mark einkommen hat, entsprechend Steuern zahlt. Nehmen Sie 1 Prozent, 1/2 Prozent von solchem Einkommen, dann wird die Steuerquote noch bedeutend niedriger sein, wie die, die die Arbeiter durch die indirekten Steuern aufzubringen haben. (Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten.) Da die indirekten Steuern mit der Kopfzahl der Familie wachsen, kommt auf eine zahlreichere Familie oft die Summe von 80 bis 100 Mark, denn vergleichen wir den Betrag der Einkommensteuer mit der Kopfzahl, dann haben wir durchschnittlich auf den Kopf der deutschen Reichsbewölkerung 14 Mark Steuer und auf eine fünf bis sechs Köpfe starke Arbeiterfamilie 70 bis 80 Mark Steuer. Also die Arbeiter von den direkten Steuern frei zu lassen, fällt uns gar nicht ein; im Gegentheil, wir wollen auch die direkte Besteuerung deshalb vorausgesetzt, daß sie eine gerechte, progressiv mit der Höhe des Einkommens steigende ist, um deswillen, damit jeder Einzelne weiß, was dieser kostbare Staat (Heiterkeit) ihm eigentlich kostet. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Hammacher (M.): Herr Bebel ist ein sehr geschickter Redner, er hat die Blößen, die sich sein Freund Legien gegeben hat, geschickt zugebedt. Aber den Standpunkt der Sozialdemokraten, die gegen den ganzen Etat stimmten, jede Bewilligung verneinten, könne sich doch der Reichstag unmöglich zu eigen machen.

Nachdem sich noch

v. Kardorff (M.) gegen den vom Abg. Bebel erhobenen Vorwurf der Lächerlichkeit verteidigt hat, wird die Diskussion geschlossen.

Der Titel 1 wird bewilligt.

Bei Titel 2 tritt

Jebsen (M.) für eine höhere Besoldung der Oberbootsleute und Maschinisten ein.

Geheimer Rath P l a t h sagt möglichste Berücksichtigung dieser Wünsche zu.

Das Kapitel wird ohne weitere Debatte bewilligt.

Bei Kapitel 61 „Waffenwesen und Befestigungen“, Titel 8, „Salutschießen“, fragt Abg. Richter (Zg.) ob es nicht möglich sei, Ersparnisse bei den Salutschüssen innerhalb der eigenen Marine eintreten zu lassen. Schiffe, die sich begegnen, knallen sich da ganz überflüssiger Weise an. (Heiterkeit.) Er wüßte, daß das Reichsmarineamt eine Statistik über das Salutschießen aufmache. (Heiterkeit.)

Der Titel wird bewilligt, ebenso ohne weitere Debatte der Rest des Kapitels.

Der Rest der dauernden Ausgaben wird darauf ohne erhebliche Debatte bewilligt.
Es folgt die Verathung der einmaligen Ausgaben zunächst der geforderten neuen Panzerschiffe.
Aufs aus dem Hause: Vertagen, vertagen!
Vize-Präsident v. Bonl bittet, den Referenten noch zu hören. (Es erfolgt kein Widerspruch.)
Dr. Lieber (B.) giebt den Bericht über die Verhandlungen in der Kommission, die außer verschiedenen Schiffsarten für schon im Bau befindliche Panzerschiffe, vier neue Kreuzer bewilligt, aber die Summe von 2 400 000 Mark zur Herstellung neuer Torpedoboote gestrichen hat, auch bei einer Forderung zur Vergrößerung der Kohlenlager von 650 000 Mark 280 000 Mark abgesetzt hat.
Die Weiterberathung wird darauf auf Freitag, 1 Uhr, vertagt.
Tagesordnung: Rest des Marine-Etats und Etat des Reichs-Heeres.
Schluß 5 Uhr

Politische Rundschau. Deutschland.

Der Kampf gegen die modernen Duihow's, der jetzt in mittelparteilichen Blättern plötzlich als eine der nächsten Aufgaben der Zeit erkannt wird, entlockt der „Köln. B.“ ein werthvolles Geständniß über die Entstehung des national-liberalen Umsturzes.

Man darf wohl sagen, daß Deutschland wieder einmal an einem entscheidenden Wendepunkte seiner innerpolitischen Entwicklung angelangt ist. Die Kapitulation vor den ostelbischen Agrariern, als welche sich uns der Sturz des Grafen Caprivi darstellt, beruht auf dem politischen Rechenexempel, daß mit der Entlassung des Grafen Caprivi das Moment der persönlichen Gegnerschaft der Junker gegen den Grafen Caprivi aus dem politischen Kräftepiel ausscheiden und das damit der objektiv wünschenswerthe und normale Zustand wieder in sein Recht treten werde, das Einvernehmen der Krone mit den großen nationalen Wirtschaftsklassen. Das Rechenexempel, das zum Sturze des Grafen Caprivi führte, war unseres Erachtens irrig. Wir stehen heute auf demselben Fleck. Fürst Hohenlohe hat den Kampf weiterzuführen, dem ein Nachwort den Grafen Caprivi entrückt hat. Auf den dunkelsten Seiten der Geschichte der konservativen Partei stehen die persönlichen Schmähungen und Verunglimpfungen verzeichnet, welche die Vertreter des ostelbischen Junkerthums gegen einen sympathischen deutschen Offizier und Edelmann, gegen den Grafen Caprivi, geschleudert haben. Wir sind zu der Annahme berechtigt, daß ein ähnlicher Feldzug ostelbischer Methode nunmehr dem Fürsten Hohenlohe bevorsteht. Fürst Hohenlohe tritt in einer doppelten Beziehung diesen Kampf unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen an. Der Sturz des Grafen Caprivi hat den Uebermuth der modernen Duihow's bis zum Unerträglich gesteigert; dem einen hervorragenden Mangel an taktischer Begabung verräth es, wenn der Bund der Landwirthe selbst den Sturz des zweiten deutschen Reichskanzlers als eine Kapitulation vor der agrarischen Agitation hinstellt. Fast ebenso schlimm ist es, daß der Kanzlerwechsel das Vertrauen des Bürgerthums in die Widerstandskraft der maßgebenden Kreise, in die Stetigkeit und Festigkeit ihrer Anschauungen erschüttert hat. Und hier ist es allerdings der Ort, dem Bürgerthum eine Gegenrechnung aufzumachen. Das Bürgerthum hat in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit sein reiblich Theil zu dem Triumph der Vertreter der äußersten wirtschaftlichen, politischen und klerikalen Reaktion beigetragen. Zur Dupirung des Bürgerthums hat man im vorigen Sommer das große Umsturzesgeheiß in Szene gesetzt. Die Machfrage, die entschieden werden sollte, spielte zwischen Caprivi und Junkerthum; man benutzte die Angst vor der Sozialdemokratie, um das Bürgerthum gegen den Grafen Caprivi aufzuregen und für die Eulenburg'schen Absichten günstig zu stimmen. Es galt, dem Kaiser zu zeigen, daß Graf Caprivi auch in mittelparteilichen Kreisen keinen Anhang mehr besitze und daß er nur an dem Centrum, dem Deutschfreisinn und der Sozialdemokratie einen, natürlich unzuverlässigen und kompromittirenden, Rückhalt besitze. Das Manöver gelang und Graf Caprivi fiel unter dem Beifall sogar eines Theiles der Mittelparteien.

Die Ironie der Weltgeschichte! Jetzt schlägt endlich bei der alten Wetterfahne am Rhein, die sich „für Geld und gute Worte“ bisher jedem Kanzler an den Hals geworfen hat, das böse Gewissen. Das Mätzle bei der ganzen Geschichte ist, daß die „Köln. Btg.“ gerade dasjenige Blatt ist, welches bei der Verdummung des Bürgerthums durch den Umsturzwauw vorne an gestanden hat. Wir vermögen noch keine Wendung, von der die „Köln. Btg.“ träumt, zu erblicken. Ob heute die Kanige und Köpfe oben auf sind, oder morgen die Stumm und Möller, ob die Agrarier oder die Groß-Industriellen — es bleibt sich „ganz fünf“.

Bei Köller soll der Geist des „Lufans“ umgehen, das bedeutet für Minister nichts Gutes: Wenigstens wird gemeldet, daß der Kaiser dem Minister des Innern von Köller bei dem Festmahle des brandenburgischen Provinziallandtages gänzlich übersehen und mit keiner Ansprache beehrt habe. — Bei uns in Deutschland hat das unter Umständen viel zu befagen.

Staatsanwalt und Umsturzworlage. Auf einer kürzlich in Konig (W.-B.) abgehaltenen konservativen Versammlung referirte ein Landrath über die Umsturzworlage. In der Besprechung ergriff der erste Staatsanwalt Pinoff das Wort, um seinen Unmuth gegen die zügellose Presse Luft zu machen. Nach einem der „Volkszeitung“ zugegangenen Berichte führte Pinoff u. A. Folgendes aus:

„Der Staat habe das Recht, zu verlangen, daß die Dinge im Staatsleben in richtiger Weise dargestellt werden, und nicht durch das Mittel einer exzessiven Agitation. (Damit sind wir sehr einverstanden, zumal auf Grund der schlimmen Erfahrungen, die wir mit der sensationellen Agitation der agrarischen Presse gemacht haben. Red.) Er halte es allerdings für eine Nachfrage, ob der Staat bei der außerordentlich weit vorgeschrittenen Entwicklung der Pressefreiheit noch eine Aenderung herbeiführen könne. Man werde diejenigen Pressezeugnisse, welche Ausschreitungen begehen, mit fühlbaren Strafen belegen müssen. (Kennt der Herr Staatsanwalt nicht die Namen Draufgewetter, Benedix, Magdeburg, Breslau? Red.) Man werde den Presseleitern androhen müssen: Wenn Du das Presseunternehmen nicht in loyalem Sinne führst, wirst Du die Konzession zu der Weiterführung verlieren, oder wenigstens die Möglichkeit, Inserate aufzunehmen. Die Bestimmungen des Sozialistengesetzes müßten erneuert werden. Man müsse die staatsgefährlichen Elemente ganz des Landes verweisen. (Gewiß, dann könnten sich Staatsanwälte und Polizei mehr mit der Aufspürung von Mördern, von denen jetzt immer noch ein großer Theil unentdeckt bleibt, widmen. Red.) Er wolle für keine Deportation sprechen, die Landesverweisung müge in der mildesten Form geschehen. Aber aus dem Lande müssen die Agitatoren, das wirke viel besser als alle die sonstigen Strafe.“

Die „Volkszeitung“ bemerkt hierzu: Wir fürchten, daß, hätte die Regierung z. B. bei der Diskussion über die Handelsverträge die agrarischen Agitatoren aus dem Lande verwiesen, sich hiergegen in konservativen Kreisen ein lebhafter Widerstand erhoben haben würde. Bedenkt man, daß in Deutschland der Reihe nach so ziemlich alle Parteien zu den Reichsfeinden gehören und höchst unzufriedene Agitatoren gestellt haben, so würden bei Anwendung des Pinoff'schen Vorschlages außer den Staatsanwälten wohl nicht allzu viele Deutsche in Deutschland bleiben würden. — Die läppischen Aeußerungen des Staatsanwalts verdienen keine weitere Würdigung, als daß man sie niedriger hängt.

Bei keinem Volke Europas, nicht einmal in Rußland, schreibt die „Volksztg.“, ist die Ausführung einer solchen Scene denkbar, wie sie sich in der Umsturzkommision abgepielt hat, als man dort über die Freiheit der Wissenschaft (siehe die heutige Beilage. Red.) zu Gericht saß. Denn selbst in Rußland ist die Knebelung des Volkes in politischer Beziehung viel weiter greifend als in wissenschaftlicher Hinsicht. Es wird im Interesse des Ansehens Deutschlands hohe Zeit, daß den beschämenden Verhandlungen in der Umsturzkommision endlich ein Ende gemacht wird und daß man die Umsturzworlage den Weg des Zedlitz'schen Schulgesetzes gehen läßt. Der Schaden, den der Ruf des Deutschen Reiches durch diese Verhandlungen nimmt, ist so groß und schwer, daß er in einem Menschenalter nicht wieder gut gemacht werden kann. — Gott sei uns Sündern gnädig! so mag die „Volksztg.“ mit den bürgerlichen Demokraten, sowie den Richter'schen Freisinnigen ausrufen. Daß wir in derartige Zustände hineingerathen konnten, ist ein gut Theil Schuld des „Liberalismus.“ Wo ist der Männerstolz des Liberalismus vor Königsthronen geblieben? Hat man nicht die Hände geküßt, die gezüchtigt haben? Was der Liberalismus gesäet, das erntet er jetzt.

Gegen die Umsturzworlage in den §§ 111a, 126, 130, 131 und Artikel 3 wird eine neue Erklärung in der vom Pastor Naumann herausgegebenen „Hilfe“ veröffentlicht. Zu den Unterzeichnern gehören u. A. die Professoren Häckel-Vena, Herkner-Karlsruhe, Holzmann-Strasbourg, Rommsen-Berlin, Osthoff-Heidelberg, Mühl-Freiburg, v. Schulze-Gäwernitz-Freiburg, v. Soden-Berlin und Ziegler-Strasbourg; von Geistlichen Kronmeyer-Bremerhaven, Pastor Schall-Bardorf; sodann u. A. Dr. G. Siemens-Berlin, Dr. Sieveking-Hamburg. — Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt. Schlägt Euch das böse Gewissen?

Die klügliche Rolle in der „Umsturz“-Frage — so schreibt sehr treffend die „Volksztg.“ — spielen unsere Nationalliberalen. Ihre Presse war es, die inbrünstig nach der Umsturzworlage schrie. Ihre Presse war es, die die Angst vor dem rothen Gespenst mit heißem Bemühen züchtete. Nun, da nach dem Willen der nationalliberalen Großindustriellen der Weg der Umsturz-Vorlage betreten ist, und da das Centrum den fröhlichen Muth der Konsequenz besitzt, Bestimmungen zu befürworten, die auch die nationalliberalen Gottesleugner und Unsterblichkeitszweifler hinter Schloß und Riegel zu bringen versprechen, nun ist Holland in Noth! Nun verurtheilt die Staatsretterei durch Strafgesetzbuchparagrafen auch den Nationalliberalen eine kulturpaukerische Gänsehaut!

Ein Agrarier weiß sich immer zu helfen. Unter dem Eindruck der Dlegtoer Wahl, bei der der „Bund der

Landwirthe“ mit seinem Kandidaten Borde so glänzend hineingesetzt ist, daß er es auf kaum 100 Stimmen gebracht hat, macht die „Deutsche Tageszeitung“, das Bundesorgan, die ergößlichsten Sprünge, gleich dem Bär, der auf glühender Platte tanzen lernt. Dasselbe Organ des Bundes der Landwirthe, das bis zum Wahltage erklärte:

„Die unabhängigen Konservativen und der Bund der Landwirthe haben darum keinen Grund, für eine andere Kandidatur als die des Herrn v. Borde einzutreten. Herr v. Borde bleibt für uns der einzige empfehlenswerthe Kandidat für den Wahlkreis Syd.-Dlegto. Johannisburg.“ schreibt nun, nachdem Borde genau 99 Stimmen erhalten hat:

„Nun, wir sollten doch meinen, daß das Eintreten des Grafen Stolberg für den Antrag Rantig und für das Programm des Bundes deutlich genug dafür spricht, daß er ohne einen solchen öffentlichen Schritt seine Kandidatur für aussichtslos hielt. Thatsächlich haben also die Anschauungen des Bundes den Sieg davongetragen.“

Wie der Jud', von dem Hebel's Schatzkästlein erzählt, ruft die „Deutsche Tageszeitung“: „Au waih, ich habe gewonnen.“

Eine größere Anzahl von Cigarrenfabrikanten in Bünde richtete bekanntlich an den Regierungspräsidenten eine Depesche, in der mitgeteilt wurde, daß sie bei der Annahme der Tabakfabrikatsteuer genöthigt wären, ihre Arbeiter zu entlassen. Dieser Schritt ist in der „gutgesinnten“ Presse mehrfach getadelt worden, indem man darin einen unzulässigen Druck auf die Beschlüsse der Volksvertretung erblickte. Der Reichschatzsekretär äußerte sich im Reichstage dahin, derartige Einschüchterungsversuche laufen an uns ab, wie Del über Wasser. Jetzt berichtet ein nationalliberales Blatt, der

„Hann. Kur.“: „In einer vierstündigen Sitzung verhandelte heute (25. Februar) der Regierungspräsident von Arnstedt aus Minden mit ca. 70 Cigarrenfabrikanten aus den drei Kreisen Herford, Minden und Lübbecke über die Tabaksteuer vorlage und besonders über die zum Theil schon erfolgte, zum Theil in den nächsten Tagen bestimmt erfolgende einstweilige Kündigung der Arbeiter. Die Fabrikanten gaben ein klares Bild der gegenwärtigen Geschäfts-lage und erklärten sich bereit, dem Regierungspräsidenten ev. durch Vorlegen von Geschäftsbüchern und Jahresabschlüssen u., sowie durch Revision der aufgestapelten Lagervorräthe den Beweis für die Behauptung zu erbringen, daß man aufhören müsse. In Folge dessen erklärte der Regierungspräsident, daß er sich überzeugt habe, daß keine maßlose Ueber-treibung zu konstatiren sei.“ Diese Aeußerung wird ihres Einbrucks auf die Volksvertretung hoffentlich nicht verfehlen. Graf Posadowsky sprach den Fabrikanten auch das „humanitäre Gefühl“ für die Arbeiter ab. In einer Annahme der Tabaksteuer würde ein solches Gefühl gewiß am allerwenigsten zu erkennen sein! Nach einer anderen Quelle hat der Regierungspräsident u. A. geäußert, die Arbeiter sollten das Vertrauen zur Regierung nicht verlieren; sie würde nöthigenfalls neue Industriezweige in die geschädigten Landestheile einführen. Muß der Regierungspräsident die Arbeiter aber für dum m halten!

Die Getreideeinfuhr im Deutschen Reich betrug im Januar im Vergleich zum Vorjahr 844 583 (729 317) Doppelzentner Weizen, 460 678 (222 892) Doppelzentner Roggen, 211 375 (343 566) Doppelzentner Hafer, 990 590 (1 268 030) Doppelzentner Raps und Rübsaat, 177 667 (770 065) Doppelzentner Mais und Dori.

Die wirtschaftliche Lage Preußens beleuchtet grell die Thatsache, daß die Zahl der in Preußen in Zwangs-erziehung untergebrachten Kinder im Jahre 1894 sechs Prozent mehr als in dem Vorjahre betrug, nämlich 10 722.

Wie es in einer ostelbischen Bauernwohnung aussieht. Die „Neue Stettiner Btg.“ erzählt: Recht paradisiische Zustände scheinen noch in dem etwa zwei Meilen von Schivelbein entfernten Dorfe N. zu herrschen — denn friedlich leben dort noch Mensch und Vieh beisammen. Dort kam neulich ein Beamter zu einem Kolonisten, um Aufträge zu erledigen. Da bemerkte er, wie sich fortwährend die Bettdecke bewegte und er vernahm auch leises Gequieke aus der Ecke. Auf sein Befragen, was das sei, ob vielleicht ein Kind krank wäre, erhielt er zur Antwort: „Ach, das sind uns Farken, in'n Stall is dat to kalt und doxiim hevt wie bei Dinger in't Beer bröcht, dat sei uns nich verferren.“ Plötzlich drang aus der „Hölle“ hinter'm Ofen ein Grunzen hervor. „Was ist denn das?“ — „Dat is uns Sög, dei hett sich ‚ver-fängt‘ und nun hevt wie sei in de Stuw, bet sei werre beter is.“ — Und da wundern sich die Nothleidenden über die fortschreitende Zunahme der Auswanderung und der Sachfengerei!

Ein Erzbischof als Versicherungsagent. In einem Berliner Blatte wird ein Vertrag mitgeteilt, der zwischen dem Erzbischof Dr. von Stablewski in Posen und der Versicherungsgesellschaft in Schwedt geschlossen wurde. Nach dem Vertrage verpflichtet sich der Erzbischof „zweimal im Jahre im katholischen Amtsblatte für die Diözesen, Gnesen und Posen die Versicherungsgesellschaft in Schwedt sämmtlichen Kirchenvorständen, Geistlichen und Pächtern kirchlicher Grundstücke für Versicherungen von Mobilien, Kirchen, Pfarren, Hospitalgebäuden und allen anderen geistlichen Instituten gegen Feuergefahr, sowie für Versicherungen der Krezzen gegen Hagel zu empfehlen und außerdem dieselben Empfehlungen an die beiden Metropolitan-Domkapitel in Gnesen und Posen alle drei Jahre zu machen.“ Die Versicherungsgesellschaft verpflichtet sich ihrerseits, „eine

Vonifikation von zehn v. H. des Brutto-Ertrages von den Vorprämien, welche auf Grund der laut Paragraph 1 abgeschlossenen Versicherungen gezahlt werden, alljährlich am Schlusse des Rechnungsjahres an die Kasse des erzbischöflichen Stuhles in Posen zu Diözesan-Zwecken zu zahlen." Sämtliche Versicherungsverträge müssen in der Agentur „B. von Dembinski u. Comp.“ sich konzentrieren.

Ein sonderbares Formular für ein Führungs-Attest wird der „Freis. Btg.“ eingesandt. Der Bürgermeister zu Menden i. W. bescheinigt einem Kaufmann daselbst auf sein Ersuchen, „daß derselbe sich während dieser Zeit, so viel hier bekannt, gut geführt und sich sozial-demokratischen Bestrebungen nicht hingegeben hat.“ Die „Freis. Btg.“ bemerkt, daß das Formular dazu, u. A. auch die Stelle, daß der Betreffende sich sozial-demokratischen Bestrebungen nicht hingegeben hat, gedruckt ist. Demgemäß wird also ein Attest in dieser Form Jedermann ausgestellt, der überhaupt ein Führungs-Attest von dem Bürgermeister verlangt. Im gegebenen Falle wurde das Zeugnis verlangt im Interesse eines Geschäfts-Reisenden, also nicht etwa in Militair-Angelegenheiten.

Ein Kämpfer für „Ordnung“ und „Sitte“. Der am 21. Januar d. J. verstorbene konservative Landtags-Abgeordnete Brauner ist nicht, wie die Zeitungen meldeten, am Schlagfluß gestorben, sondern hat sich erschossen. Kurz nach seinem Tode stellte sich heraus, daß er seit Jahren das Vertrauen der Behörden und seiner Mitbürger auf das schmachlichste getäuscht hatte und daß er zahllose Unterschlagungen an öffentlichen und privaten Geldern begangen hat, so daß viele Existenzen ganz, andere zum Theil zerstört sind. Er hat sich nicht gescheut, Mündelgelder, Altersrenten armer Leute, Sparkassenbücher seiner Dienstboten zu unterschlagen. Ueber sein Vermögen ist der Konkurs eröffnet und es sind viele hunderttausend Mark angemeldet, die nicht gedeckt werden können. Der Mann belleidete zahllose Ehrenämter, war Kreisdeputirter und Taxator der Breslauer, Brieger Fürstenthums-Landschaft, Amtsvorstand, Vorstand der Molkereigenossenschaft, der Wassergenossenschaft u. v. Unbegreiflich ist es, daß keine Behörde rechtzeitig hinter seine Schliche gekommen ist, er war eben ein Mann, der sich zu beugen und Krähfüße zu machen wußte. Die Sache soll nun, wie es scheint, todtgeschwiegen werden, denn bis jetzt hat keine Zeitung den richtigen Sachverhalt gebracht und die armen Geschädigten haben nicht einmal die Gemüthung, daß der wahre Charakter des Betrügers enthüllt wird. In kleinen Städten fällt die Verherrlichung nicht schwer, Niemand wagt es, den Behörden in die Quere zu kommen, da Jeder für seine Existenz fürchtet. Unter den durch Brauner Geschädigten befindet sich z. B. der Bauer Tiege in Jakobsdorf, Kreis Namslau, welcher um 15,000 Mk., der Molkereidirektor Dehmelt-Namslau, welcher durch den Herrn Vorstand der Genossenschaft um 1500 Mk., dessen Better, der um 3000 Mk. betrogen wurde. Brauner hatte achtundzwanzig Ehrenämter auf seine Person zu vereinigen verstanden und hatte dadurch die Leute so vertrauensselig gemacht, daß ihm Viele ohne Schuldchein ihr erspartes Geld anvertrauten. Daß der Betrüger auch ein großer Kämpfer für Religion, Sitte und Ordnung war, versteht sich am Rande. Solche Staatsstützen helfen auch bei uns dem Umsturz auf die Beine, sozialdemokratischer Agitatoren bedarf es dazu nicht.

Ungern-Sternberg auf Reisen — das ist die neueste Inkarnation des Platen'schen Rubels auf Reisen. Dem „falschen Baron“ scheint die Schweiz, in welche die russische Regierung ihn zu seiner Erholung geschickt hat, zu klein geworden zu sein — er hat vorige Woche einen Abstecher nach Frankreich gemacht und — durch ein wunderbares Zusammentreffen von Umständen ist ein Dynamitlager in der Nähe von Paris geplündert worden, während Herr Ungern-Sternberg seine Freunde auf der Pariser Polizeipräfektur und in der russischen Gesandtschaft besuchte. Den Lütticher Dynamitkollereien ging bekanntlich der Dynamitraub von Chevron voraus. In Paris wird es wohl nächstens nun auch knallen, weißt der „Vorwärts“, damit der gesellschaftsretterische Polizei-Anarchismus, der seit der kläglichen Fahnenflucht des Sozialistenlöbbers Casimir die Flügel betrübt hängen läßt, wieder etwas Lebensmuth schöpfen kann.

Rußland.

Ueber Studentenunruhen in St. Petersburg wurde in letzter Zeit viel in bürgerlichen Zeitungen geschrieben. Nach einer Korrespondenz der „Frei. Btg.“ aus Petersburg ist an diesem Gerücht „absolut (?)“ nichts Wahres. Am 20. Februar fand der Jahresaktus der Universität statt, bei welchem der Jahresbericht verlesen wurde, und nach Schluß der Festivität begaben sich, wie immer, Hunderte von Studenten nach den verschiedenen Restaurants, wo tapfer gezecht wurde, noch tapferer als gewöhnlich, weil gerade russische Karnevalswoche ist. Später zogen Schaaren von Studenten in recht angeheitertem Zustande durch die Straßen, unschuldige akademische Lieder singend oder vielmehr brüllend. Die Polizei ließ sie aber überall unbehelligt, ihnen nur dann und wann ein zartes „etwas leiser, meine Herren!“ zurufend. In verschiedenen Vergnügungsorten trieben die russischen akademischen Bürger allerlei studentischen Unfug, sie trugen die Polizei-offiziere im Triumph herum u. s. w. Viele der jungen Leute dürften am nächsten Morgen den Kopf etwas schwer gefunden haben — aber von beleidigenden

Manifestationen vor dem Antischkow-Palais oder gar von einer „großen Revolution“ auch nicht die geringste Spur. — Trotzdem wird doch Niemand bestreiten wollen, daß es zur Zeit in Rußland wieder ganz bedenklich gährt, weil alle Hoffnungen, die man auf das neue Staatsoberhaupt gesetzt hatte, so grausam zerstört sind.

Lübeck und Umgegend.

1. März.

Mannespflichten. Angesichts der Umsturzvorlage, der unerhörtesten Angriffe auf die Volksfreiheiten dürfte es wieder an der Zeit sein, darauf hinzuweisen, was jedem ehrlich denkenden Menschen heute zu thun obliegt.

Nicht von Rechten wollen wir heute reden, nur von Pflichten, und zwar von den Pflichten des Mannes gegenüber dem schamlosen Treiben der Reaktionäre.

Pflicht des ehrlichen Mannes ist es, offen und stolz die Wahrheit zu sagen, nicht zu zaudern, frei heraus zu bekennen, was sein Herz bewegt. Und sollten bereinst die Umsturzparagrafen zur Geltung gelangen, so wird an dieser Pflicht nichts geändert, nur größere Vorsicht allerdings Gebot der Klugheit.

Pflicht des ehrlichen Mannes ist es, einzutreten für die Unterdrückten, wider jedes Unrecht. Kein persönliches Interesse darf ihn abhalten, in diesem Sinne zu handeln. Gerade in der jetzigen Zeit wird der Zusammenschluß aller Bedrückten ein unbedingtes Erforderniß, falls der Kampf gegen die Reaktion zum gedeihlichen Ende geführt werden soll. Ganz besonders hat der Proletarier treu zu seinen Leidensgefährten zu stehen. Es darf nimmermehr vorkommen, daß ein Arbeiter aus kleinlichen Erwägungen des andren Konkurrent oder gar Feind wird.

In den Werkstätten, in den Fabriken muß ein Wett-eifer in der Eintracht und darin bestehen, die Indifferenten anzufeuern, die Säumigen zur Erfüllung ihrer Klassenpflichten anzuhalten. — Natürlich wird damit von Keinem verlangt, durch unkluge oder unbedachte Handlungen und Aeußerungen seine Existenz aufs Spiel zu setzen. Das könnte nur schaden, aber Niemanden nützen. Vielmehr soll jeder Arbeiter bemüht sein, sich über alle ihn betreffenden gesetzlichen Bestimmungen aufzuklären. Gerade in dieser Beziehung bedeutet Wissen Macht und giebt die beste Waffe sowohl zum Angriffe als auch zur Abwehr.

Wissen und Vertrieb, Begeisterung für Freiheit und Fortschritt sollen eine Feden zur Theilnahme an allen Bestrebungen veranlassen, welche das Wohl des Volkes bezwecken. Das gilt sowohl in politischer als auch in sozialer Hinsicht. Der Ausbau der alten Organisationen, die Gründung neuer muß trotz des Dräuens der Feinde, mit allen Kräften weiter betrieben werden. Sollte es später unter der Herrschaft schwachvoller Ausnahmegeetze zum Verbote aller und jeder Koalition kommen, so kann uns doch nichts hindern, den Geist der Koalition, der Organisation und Kooperation zu stärken und zu verbreiten.

Die heutigen Inhaber der Macht scheinen auf den Bürgerkrieg hinarbeiten zu wollen. Wir werden ihnen aber keine Gelegenheit dazu bieten. Aber wir werden auch nicht feige zu Kreuze kriechen, wir nehmen den Kampf auf, wie und wo man ihn uns anbietet!

Wir werden dafür sorgen, daß ein Bund der Geister alle redlichen, offenen und mannesstolzen Volksgenossen, alle opferfreudigen Volksgenossinnen umfaßt. Die Frau sei die Kampfesgenossin des Proletariats, der für sich und die Seinen um ein besseres Loos, ein menschenwürdiges Dasein ringt!

Organisation und Eintracht, höchstes Solidaritätsgefühl muß uns Alle befeelen in dem uns aufgedrungenen Kampfe. Ob Proletarier der Faust, ob Proletarier der Feder, Alle wollen wir unentwegt und tren zur rothen Fahne des weltverlöbenden Sozialismus stehen. Unser der Sieg trotz alledem!

Warnung vor Zuzug. Wie verschiedene Anfragen beim Vorsitzenden des „Lokal-Verbandes der Zimmerer“ bestätigen, schreiben auswärtige Zeitungen, in Lübeck wäre Mangel an Zimmerleuten. Wir wollen hiermit konstatieren, daß dieses nicht der Fall ist. Die Erwerbsverhältnisse im Lübecker Zimmergewerbe sind traurig genug; es feiern hier circa 70 verheirathete Kameraden, die auf die Arbeiten der Industrie-Ausstellung hoffen. Leider ist es auf dem Ausstellungspalaze noch todtensstill. Daher möchten wir die auswärtigen Kameraden warnen, zu glauben, was in auswärtigen Zeitungen über die viele Arbeitsgelegenheit beim Ausstellungsbau in Lübeck gefabelt wird. Die Arbeiten sind, außer den Einfridigungsarbeiten, noch garnicht vergeben. Es ist somit noch garnicht sicher, ob die Arbeiten in Lübeck gefertigt werden. Vor Mitte April werden die Arbeiten überhaupt nicht beginnen. Daher warnen wir alle auswärtigen Zimmerer, die Reservearmee in Lübeck zu vermehren.

Der Vorstand des Lokalverbandes Lübeck.

Für andere Gewerbe als: Maurer, Tapezierer und Dekorateur gilt das Gleiche.

Arbeiterfreundliche Blätter werden gütigst um Abdruck ersucht.

Gudlich siegt die Jugend. Auf unsere wiederholten Herausforderungen sieht sich der hiesige „General-Anzeiger“ endlich veranlaßt, die Notiz, betreffend den „Vorwärts“, heute zu widerrufen. Lange genug hat es gedauert, bis wir ihm das Geständniß entwunden haben.

Der Verein Lübecker Journalisten und Schriftsteller hat sich ermannt, er hat sich einstimmig der von dem Münchener Journalisten- und Schriftstellerverein beschlossenen Protestresolution gegen die Umsturzvorlage angeschlossen; des Weiteren will man den Abgeordneten für Lübeck, Dr. Görz, nahe legen, gegen die Annahme des Gesetzentwurfes im Reichstage zu stimmen. Wir hatten bisher geglaubt, daß es so wie so schon Pflicht eines freisinnigen Abgeordneten wäre, gegen ein derartiges Knebelgesetz zu stimmen. Das der Journalisten-Verein erst noch eine Aufmunterung des Abgeordneten für nöthig erachtet, giebt recht zu denken. Wie dem aber auch sei, daß sich der Journalisten-Verein gegen die Umsturzvorlage jetzt erst ausgesprochen hat, kommt uns gerade so vor — wir leiden zwar nicht an Selbstüberhebung — als sei der Protest erst durch unsere Anzapfung des Vereins veranlaßt.

Eintragung in das Handelsregister. Am 28. Februar 1895 ist eingetragen: auf Blatt 1803 bei der Firma G. u. P. Potttharst: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

Testamentsverlesungen. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts, Abtheilung I, am Montag den 4. März 1895, Vormittags 11 Uhr, werden verlesen werden: 1) das Testament der hier selbst am 23. Februar 1895 verstorbenen Wittwe der Tischlermeisters Gideon Peter Heinrich D. L. f. f. m. n., Johanna Friederike Henriette geb. Möller; 2) das Testament des hier selbst am 24. Februar 1895 verstorbenen Privatiers Georg Heinrich Niemann.

Der ehemalige hanseatische Ministerresident Dr. A. Schleiden, geboren am 22. Juli 1815, ist am 25. vor. Mts. in Freiburg i. N. gestorben. Schleiden stammte aus Plön, war seiner Zeit Mitglied des Frankfurter Vorparlamentes, sowie später Vertreter der drei Hansestädte in Washington und London. Von 1867—1873 war er Vertreter des Wahlkreises Altona-Obesloe. Im Reichstage hatte er sich der Reichspartei angeschlossen. Als im Jahre 1874 sein Wahlkreis an unsere Partei — Gen. Hafentlever — verloren ging, zog sich Schleiden von der Politik zurück.

Ein Thaler wurde Mittwoch früh einem Arbeiter in der Elbwigstraße aus einem Portemonnaie gestohlen. Das Portemonnaie hatte auf einem Schranke, der auf der Diele stand, gelegen.

Wegen Unterschlagung von Geld, Taschentüchern u. a. ist gegen ein Dienstmädchen Untersuchung eingeleitet worden.

25 Mark will eine Frau am Mittwoch auf einer Auktion, wo sie ein Bett gekauft hatte, zu viel bezahlt haben. Der Kassirer bestreitet, das Geld erhalten zu haben.

Stadttheater. An Stelle der „Haubenlerche“ kommt, wie uns telephonisch mitgetheilt wird, morgen Ohnet's rührfelliger „Hüttenbesitzer“ zur Aufführung.

Das Angebot für die zum Neubau des Gerichtshauses erforderlichen Schmiedearbeiten differirte zwischen 4628 bis 7200 Mark. Die Mindestforderung stellte G. C. F. Schmidt, die Höchstforderung G. F. H. Jenz.

In die örtliche Verwaltung des Verbandes deutscher Maurer wurden in der letzten Mitgliederversammlung gewählt: H. Mielke als Bevollmächtigter, J. Werner als Stellvertreter, J. Nubien als 1. Kassirer, J. Schult als Stellvertreter, J. Klever als Schriftführer und Drepen als Stellvertreter. Als Revisoren wurden H. Zimmer, A. Rahns und A. Ballhorn gewählt. Auf Antrag Rahns wurde eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission gewählt. (H. Kleinfeldt, J. Haack und G. Bock), welche der örtlichen Verwaltung zur Seite steht. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Jahres 1894 221. Die Jahreseinnahme für die Hauptkasse betrug einschl. 102,29 Mark. Kassenbestand von 1893 in Summa 2816,78 Mk. Die Gesamtausgabe betrug 2641,41 Mk., mithin Kassenbestand 175,37 Mark. Die Lokalkasse weist 80,31 Mark Kassenbestand auf. Betreffs der Fragekastens wurde folgender Antrag angenommen: Sämtliche schriftliche Fragen, welche sich auf Personen beziehen, müssen mit Namensunterschrift versehen sein, widrigenfalls dieselben nicht zur Verlesung gelangen. Im „Verschiedenen“ wurde noch folgender Antrag gestellt und angenommen: Alle diejenigen Mitglieder, welche außer der tarifmäßigen Arbeitszeit arbeiten und der Lohnkommission hiervon Mittheilung gemacht haben, sind verpflichtet, in der darauf folgenden Mitgliederversammlung zu erscheinen, um die Gründe hierfür klarzulegen. Ein weiterer Antrag, den oben erwähnten angenommenen Antrag drucken zu lassen und den Mitgliedern zuzustellen, wurde ebenfalls angenommen.

Schwartau. Wegen Sittenvergehens wurde ein Knecht aus Gr. Timmendorf verhaftet und in das hiesige Gefängniß überführt. Der Knecht ist geständig, sich in unfittlicher Weise an einem jüngeren Dienstmädchen vergangen zu haben.

Neumünster. Wir brachten gestern nach anderen Zeitungen die Meldung, daß in Neumünster ein gewisser Ritter die Züchtung von Zwergeren „rationell“ betreiben sollte. Wir bezweifelten sofort die Richtigkeit dieser Meldung und hielten dieselbe lediglich für eine Ausgeburt der Sensation. Mit Bezug hierauf übersendet jetzt die Firma Emil Ritter z. Bt. in Kiel, Brieditz's Saal, dem Louis Hirsch'schen Telegr.-Bureau eine längere Zuschrift, in welcher sie die Aussagen des Prochaska entschieden als unwahr zurückweist und um eine Berichtigung ersucht. In diesem Schreiben heißt es u. A.: „Es sei ihm (Ritter) vor längerer Zeit von einem gewissen Prochaska in Pardubitz eine Zwergerin von 16 Jahren offerirt

Die Kommission zur Berathung der Umsturzvorlage.

Die Kommission ist am Mittwoch in die Berathung des § 130 eingetreten, welcher nach dem bestehenden Gesetze wie folgt lautet: „Wer nach einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“ In der Vorlage wird beantragt, dem bestehenden Paragraphen folgenden Absatz anzufügen: „Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigenthum durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift.“

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt der Vorsitzende Dr. Vötcher mit, daß eine Protest-Resolution des Münchener Journalisten-Vereins gegen die Vorlage eingegangen sei. Geheimrath Seidenwinder giebt folgende Erklärung zu Protokoll: Die sozialdemokratische Presse habe keine Mittheilungen, betreffend den Agitator Görge in Stendal, welcher sich für die Verbreitung der Broschüre „O welche Lust, Soldat zu sein!“ unter die Rekruten ausgesprochen, als unrichtig angezeichnet; Görge selbst habe im „Vorwärts“ vom 9. d. Mts. behauptet, eine solche Aeußerung nicht gethan zu haben. Die Regierung habe nun von der Stendaler Polizei weitere Aufschlüsse eingefordert, welche dahin gehen, daß Görge allerdings in der geschriebenen Weise gesprochen habe.

Abg. Dr. Mintelen hat einen Antrag eingebracht, wonach in dem Absatz 2 des § 130 statt der Worte „die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigenthum“ die Worte „die bestehende Staatsform“ gesetzt werden sollen; ferner beantragt Dr. Mintelen, einen neuen Paragraphen einzufügen mit folgender Fassung: „Mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren wird bestraft, wer öffentlich oder vor mehreren, oder durch Druck, Schrift oder Bild den Glauben an Gott (ursprünglich hieß es „das Dasein Gottes“) oder die Unsterblichkeit der menschlichen Seele oder den religiösen und sittlichen Charakter der Ehe oder der Familie angreift“ (ursprünglich war noch hinzugefügt „oder leugnet“).

Abg. Dr. Mintelen begründet seinen Antrag wie folgt: Der Antrag sei bestimmt, die Worte des Kaisers, betreffend den Kampf für Religion, Sitte und Ordnung, zu realisiren. § 130 der Regierungsvorlage beziehe sich nur auf allgemeine Dinge und Begriffe; es sei aber nothwendig, konkrete Fälle und Begriffe ins Auge zu fassen. Da wir auch in Deutschland unter den Bundesstaaten einige Republiken haben, die ebenfalls Anspruch auf Schutz erheben dürfen, so halte er es für richtiger, statt „monarchische“ das Wort „bestehende“ (zu ergänzen: Staatsformen) zu setzen. Es komme doch hauptsächlich darauf an, die Person des Monarchen zu schützen, und das thue ja bereits das bestehende Strafgesetz. Das Eigenthum selbst könne nicht zum Gegenstande eines speziellen gesetzlichen Schutzes gemacht werden, denn sein Begriff stehe weder wissenschaftlich noch historisch fest; ebenso wenig existire ein einheitlicher Begriff für „Religion.“ Es gebe eine ganze Reihe von Religionen im Staate, die sich mehr oder weniger von einander unterscheiden, aber allen diesen Religionen sei doch gemeinsam der Glaube an das Dasein Gottes und die Unsterblichkeit der Seele, und dieser gemeinsame Glaube bilde die Grundlage des Christenthums, während dieses wieder als die Grundlage unseres ganzen Kulturlebens anzusehen sei. Es sei nothwendig, diese gemeinsame Grundlage zu schützen; würde man nach dem Vorschlage der Regierung weitergehen, so würde man die ärgsten konfessionellen Konflikte zu gewärtigen haben. Wenn die Regierungsvorlage „beschimpfende Aeußerungen“ treffen wolle, so müsse er sagen, daß solche Aeußerungen gar keinen Eindruck machen und der Religion gar nicht gefährlich seien. Aber außerordentlich gefährlich seien die in feiner und eleganter Weise unter Berufung auf die Wissenschaft erfolgten Angriffe wider die Religion und ihre Grundlagen. Die moderne Wissenschaft sei verantwortlich für die Untergrabung des Gottesglaubens, wie aus den Werken moderner Schriftsteller sehr leicht zu bemerken sei, so aus den Schriften Bodenstedts, Paul Heyes u. s. w. — Diese Literatur vergifte die Volksseele, indem sie zunächst sie mit Zweifeln am Dasein Gottes erfülle; deshalb sei diese Literatur auch die allergefährlichste und sie in erster Linie müsse getroffen und unmöglich gemacht werden, wenn man wieder zu einer Erziehung auf wahrhaft christlicher Grundlage gelangen wolle. Das, was sich heute

„Wissenschaft“ nenne, sei von höchst verderblichem Einfluß auf die Jugend, besonders die akademische Jugend; er habe das als junger Mensch an sich selbst erfahren, auch sein Glaube sei einst erschüttert worden. Hier handle sich um den Schutz dessen, was der menschliche Geist nicht fassen könne, was sich nur glauben lasse. Früher sei der Unglaube ein Privilegium der sogenannten Gebildeten gewesen, im Volke habe man davon nichts bemerkt; jetzt aber sei der Unglaube bis in die untersten Schichten des Volkes eingedrungen und deshalb um so bedenklicher. Wenn ernstlich daran liege, daß nach den Worten des Kaisers die Religion erhalten werde, der müsse bereit sein, die Grundlagen der Religion zu schützen, wie dies sein Antrag bezwecke. Nach der Regierungsvorlage würden nur ungebildete und thörichte Leute getroffen werden, nicht aber die Urheber des Unglaubens auf den Lehrstühlen der Universitäten u. s. w.

Abg. Graf v. Koon (N.) beantragt für den Absatz 2 der Regierungsvorlage die folgende Fassung: „Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher das Christenthum, die Heiligkeit des Eides, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder die Unverletzlichkeit des Privateigenthums durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift, welche geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu gefährden.“ — Antragsteller ist mit dem Grundgedanken des Antrages Mintelen einverstanden, meint aber, im Rahmen des projektirten Gesetzes würden sich die außerordentlich beherzigenswerthen Wünsche des Zentrums nicht erfüllen lassen. Diese Erfüllung sei von tiefgehenden Reformen auf anderen Gebieten abhängig, während man es hier doch nur mit einem Abwehrgeetze zu thun habe. Er stehe nicht an, zu erklären, daß er eine Wissenschaft, welche den Thron Gottes umstürze, den Gottesglauben vernichte und an seine Stelle die Herrschaft der Vernunft setzen wolle, verachte; er sei bereit zu Maßnahmen dagegen, die jedoch im Rahmen dieses Gesetzes nicht möglich seien. Redner empfiehlt schließlich die von ihm vorgeschlagene Fassung des Absatzes 2 im § 130. Es sei nicht richtig, aus dem Umstand, daß in dem Antrage nur vom „Christenthum“ die Rede sei, zu folgern, man wolle die Beschimpfung der Juden freigeben. Wir seien aber ein christlicher Staat und da könne doch das Judenthum nicht ganz demselben Schutz beanspruchen, wie das Christenthum. Der Redner verbreitet sich des Weiteren über die Nothwendigkeit, den christlichen Charakter des Eides, der Ehe, der Monarchie usw. zu schützen. Die Republiken unter den Bundesstaaten bedürften keines besonderen Schutzes, denn dieselben seien durch die Verfassung genügend geschützt und übrigens stelle jedes Reich für sich eine Monarchie dar.

Abg. Dr. Barth (Fg.) übt scharfe Kritik an den beiden vorliegenden Anträgen. Dem Antrage Mintelen sei logische Konsequenz nicht abzuprehen; er habe vor den konservativen Anträgen in dieser Hinsicht viele Vorzüge. Wer auf dem religiösen Standpunkte stehe, wie Dr. Mintelen, der verfare nur konsequent, wenn er bemüht sei, die ganze Gruppe derjenigen Literatur zu vernichten, welche die Zweifel an dem religiösen Dogmenglauben in die Menschenseele hineintrage. Diesem Antrage nach müßte aber der größte Theil unserer Literatur ausgeschlossen, der größte Theil unserer Bibliotheken vernichtet, oder wenigstens dem allgemeinen Gebrauche entzogen werden. Dieser Antrag sei ein Angriff auf die gesammte Kulturerrungenschaft; er lasse erkennen, was wir zu erwarten haben, wenn ein Umsturzgezet im Sinne der Zentrumsanträge zu Stande kommen sollte. Deshalb sei der vorliegende Antrag des Zentrums sehr werthvoll; er werde in der Kommission, wie im Plenum des Hauses Anlaß zu einschneidenden Kritiken geben. Sollte wider Erwarten wirklich im Sinne des Antrages beschloffen werden, so werde man einen solchen Beschluß doch nicht ernst nehmen dürfen. Das Volk würde sich nicht daran kehren, sondern die Urheber und Verteidiger eines solchen Gesetzes einfach auslachen. In längerer Ausführung verbreitet sich der Redner darüber, daß man Staatsformen unmöglich durch ein Gesetz schützen könne. Wenn man einen solchen Schutz speziell für die monarchische Staatsform schaffe, so bringe man den Volksmassen die Ueberzeugung bei, daß diese Staatsform die Kritik nicht vertragen könne. Ebenso stehe es mit dem Gottesbegriff, der ebenso wenig ein einheitlicher und feststehender sei, wie der Begriff der Religion. Es gehe nicht an, den religiösen Charakter der Ehe gesetzlich zu betonen. Schon die gesetzliche Institution der Zivilehe sei ja dann ein Angriff auf diesen Charakter. Die Zivilehe beruhe auf dem ganz richtigen Gedanken, daß der Ehe ein religiöser Charakter nicht beizubringen, und dennoch sei dieselbe ein Theil der bestehenden Staatsordnung, welche man jedenfalls vor dem Umsturz bewahren wolle.

Staatssekretär Lieberding bedauert, daß durch die eingebrachten Anträge die Stellung der Regierung erschwert werde; es sei nicht richtig, daß der Zentrumsantrag sich mit der Tendenz der Regierungsvorlage decke. Diese wolle unter Anderem die Idee der Monarchie schützen, ohne daß die berechtigte Kritik verhindert werden solle. Es heiße zu weit gehen, wenn Abgeordneter Mintelen die christliche Grundlage der Familie und Ehe schützen wolle, jedenfalls müsse auch die bürgerliche Grundlage dieser Institution geschützt werden. Er bitte beide Anträge abzulehnen und § 130 in der Fassung der Vorlage anzunehmen.

Abg. Dr. Canecerus (N.) bezeichnet den Antrag Mintelen als durchaus unannehmbar; derselbe werde nicht eine Stärkung, sondern die Schwächung des Glaubens an Gott zur Folge haben. Man solle es bei der Regierungsvorlage bewenden lassen, welche sich nicht gegen wissenschaftliche Erörterungen, sondern nur gegen „wüste Massenagitationen“ richtet. Auch der Antrag der Konservativen sei keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Regierungsvorlage.

Abg. v. Salisch (N.) bestritt das Letztere und bemerkt, nur die christliche Religion gehöre zu der Grundlage des Staates, nicht auch die jüdische; ein Bedürfnis, die jüdische Religion zu schützen, liege nicht vor.

Abg. Zimmermann (Antif.) ist gegen beide Anträge und führt aus, daß insbesondere eine Unverletzlichkeit des Privateigenthums sich gesetzlich nicht konstruiren lasse, speziell nicht mit Rücksicht auf das Judenthum, welches eine internationale Macht sei.

Abg. Veber (S.) kritisiert den Zentrumsantrag als einen auf das ganze freie Denken gerichteten Angriff. Abg. Mintelen habe sich die Begründung sehr leicht gemacht. Wenn es, wie er behaupte, wahr sei, daß die Natur den Glauben an Gott eingepflanzt habe, dann sei der Glaube unzerstörbar, und es sei eine Ungeheuerlichkeit, ihn durch Strafgesetze schützen zu wollen. Sei die Religion etwas vom allmächtigen Gotte Gewolltes, dann könne sie nicht durch Menschenkraft vernichtet werden; sei sie das aber nicht, so werde mit Strafgesetzen zu ihrem Schutze nichts ausgerichtet werden können. Aus dem bekannten Worte: „Die Religion müsse dem Volke erhalten werden“, sei deutlich erkennbar, daß man damit doch lediglich bezwecke, die wandelbare Ordnung der Dinge unter Berufung auf die angeblich unantastbare Religion zu schützen. So lange Kulturmenschen existiren, seit Jahrtausenden, habe die Frage nach dem Dasein Gottes und der Unsterblichkeit der Seele Anlaß zu großartigen Auseinandersetzungen gegeben. Der Zweifel sei der Vater alles Fortschritts von jeher gewesen und werde es auch ferner bleiben; das beweise ja auch die Geschichte der Religionen. Welche Wandlungen habe die Religion nicht im Laufe der Zeiten durchgemacht und nun unterfange man sich des ungeheuerlichen Beginns am Ende des 19. Jahrhunderts, die Kritik religiöser Vorstellungen unmöglich machen zu wollen. Man möge doch nur beachten, wie die christlichen Konfessionen untereinander sich gegenseitig verfeindeten und mit den denkbar beschimpfendsten Aeußerungen herunterreißten; es sei die tollste Absurdität. Gesetze zum Schutze der Religion, der Ehe u. s. w. machen zu wollen. Redner konstatiert, daß selbst Martin Luther in seinem Traktat „vom ehelichen Leben“ und in sonstigen Schriften einen religiösen Charakter der Ehe nicht anerkennt, dieselbe vielmehr lediglich als Institution zur Wahrung der Eigenthumsinteressen erachtet und selbst die Bigamie nicht verworfen, bezw. nicht als der heiligen Schrift widersprechend angesehen habe. In seinen weiteren Ausführungen erwähnt Redner, wenn man denn doch die Ehe schützen wolle, so möge man doch dem Unwesen der Heirathsannoncen entgegenzutreten. Redner verbreitet sich schließlich über die historische Entwicklung des Begriffes des Monarchie, bricht aber wegen Beginn der Plenarsitzung seine Ausführungen ab, deren Fortsetzung er sich für die nächste Sitzung vorbehält.

Nächste Sitzung findet am Freitag, 1. März, statt.

Politische Rundschau. Deutschland.

Der Antrag Kanitz mit seiner Absicht, die nothwendigsten Lebensmittel künstlich im Preise zu steigern, erinnert, wie der „Dresdener Zeitung“ geschrieben wird, an die Zeit vor der französischen Revolution. Der ältere Graf Mirabeau schreibt in einer Schilderung der wirthschaftlichen Zustände Frankreichs im Jahre 1764: „Die unseligste Hydra, welche die Wuth der

Folly Morrison.

Roman von Frank Barrett.
Autorisirte Uebersetzung von A. Geisel.

(10. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Eine Weile blieb Folly draußen stehen. Als sich indeß das Gedränge verlaufen hatte und auch der Holzstumpf verschwunden war, näherte sie sich nochmals dem Vestibule und spähte durch die Thüre. Sie sah einen Herrn, der über dem eleganten Frack einen Pelzmantel trug, an der Kasse stehen und eifrig mit dem alten Kassirer sprechen; augenblicklich befand sich Niemand weiter im Vestibule und so schlüpfte Folly hastig durch die nur angelehnte Thüre und näherte sich dem Herrn mit der Frage:

„Ich bitte um Entschuldigung, mein Herr, sind Sie der Besitzer dieses Theaters?“

Der Angeredete nickte lächelnd — er war wirklich der zeitweilige Direktor und fühlte sich als solcher höchst wichtig.

„D, das ist mir lieb — ich möchte auf Ihrer Bühne tanzen, Herr!“

Die Naivetät des Kindes war im höchsten Grade belustigend; dabei mußte sich der Direktor sagen, daß er lange kein so interessantes Gesicht gesehen hatte. Freilich, die Kleidung des Mädchens bildete einen seltsamen Gegensatz zu den schönen Gesichtszügen. Aber der Direktor kannte das. Er maß Folly von oben bis unten und sagte dann nachlässig: „Hier ist nicht der Ort, um dergleichen Angelegenheiten zu verhandeln — geh' in den schmalen Gang, wo die Bühnenthüre mündet — jetzt habe ich keine Zeit!“

„Und wie gelange ich denn an die Bühnenthür, Herr Direktor?“

„Mein Gott, so brauche doch Deine Augen; draußen um die Ecke — rechts die letzte Thüre.“

Folly entfernte sich und fand auch bald die bezeichnete Thüre; weniger leicht war es, Jemand zu finden, dem sie ihr Anliegen vortragen konnte, und schließlich hieß es, jetzt sei keine geeignete Zeit für dergleichen, man habe alle Hände voll zu thun.

„So will ich wiederkommen — wann wäre es denn am passendsten?“ fragte Folly unbeirrt.

„Im — ich wüßte nicht, weshalb Du überhaupt wiederkommen solltest!“ brummte der Portier, indem er einige Briefe in das Wandfach seiner Loge ordnete.

Als er mit dieser Beschäftigung zu Ende war, blickte er auf. Folly stand noch auf demselben Fleck und der Mann betrachtete sie jetzt erst genauer — mit dem durch Übung geschärften Blick des Kenners.

„Komm Morgen früh gegen 11 Uhr wieder,“ sagte er dann in freundlicherem Ton.

Ein Freudenstrahl huschte über Folly's Gesicht daselbe in wunderbarer Weise belebend. Wie beiläufig bemerkte der Portier:

„Wenn Du nichts zu versäumen hast, kannst Du meinetwegen auch hier bleiben und warten bis die Vorstellung zu Ende ist — der Balletmeister kommt dann auch hier vorbei.“

„D, ich will gerne warten — ich habe ja nichts zu thun.“

„So komme hier herein in mein Stübchen und setze Dich ans Feuer, hier drinnen ist's ganz behaglich und draußen würdest Du doch nur im Wege sein.“

Folly leistete der Aufforderung Folge und während sie sich in den Kaminwinkel drückte, um den Portier nicht zu hindern, drangen entfernte Musikklänge an ihr Ohr. Sie und da vernahm sie auch Stimmengewirr;

der Portier bekümmerte sich nicht weiter um sie, denn er hatte beständig Rede und Antwort zu geben. Bühnemitglieder gingen ab und zu, Bedientete und Theaterarbeiter verlangten diese oder jene Auskunft; dann kam eine in einen dunklen Mantel gehüllte, dichtverschleierte Dame und flüsterte mit dem Portier, bevor sie die zu den Ankleidezimmern führende Treppe betrat,

„Das war Fräulein Duprez,“ sagte der Portier, zu Folly gewandt.

„Fräulein Duprez — wer ist das?“

„Ei — unsere Colombine — hast Du noch nie von ihr gehört?“

„Nein — seit Jahren weiß ich nichts mehr vom Theater — früher hörte ich viel davon reden.“

„Und doch willst Du zur Bühne — bist Du denn überhaupt schon auf einer solchen gewesen?“

„Nein, niemals.“

„So sag mir um Himmelswillen, wie Du darauf kommst, hier ein Engagement suchen zu wollen?“ rief der Portier, entsetzt ob solcher Kühnheit.

„D — ich kann tanzen!“

„Im, wird was Rechtes sein! Wenn ein Peterkasten auf der Straße spielt, tanzt schließlich jeder, aber hier —“

„Nein — ich kann Ballet tanzen. Mein Vater, das heißt mein Pflegevater, gehörte früher der Bühne an. Er war ein berühmter Tänzer und er lehrte mich Ballet tanzen.“

Folly seufzte, als sie an die schönen Kinderjahre dachte und dann nahm sie den Hut ab und strich sich das Haar aus der Stirne. Das Gaslicht fiel voll auf die üppigen Haarmassen und ließ dieselben metallisch aufleuchten; das Haar war dunkler geworden und dadurch hob sich der milchweiße, zarte Teint des Gesichts und

Regulirsucht erzeugt hat, heißt Getreidepolizei; ein Wort, das den Völkern, die es kennen gelernt haben, nachtheiliger geworden ist, als alle Pestilenzen, Kriege, Meutereien und Proskriptionen. Dieses Wort deutet an, daß sich die Regierung und unter ihr alle Beamte und Magistrate bis herunter auf den geringsten Schreiber und Diener die Aufsicht über den Ackerbau und über den Handel mit den unentbehrlichsten Produkten für die Menschheit angemacht haben." Die französische Revolution, bemerkt die „Bresl. Zeitung“, hat die Antwort auf diese verkehrten volksfeindlichen Eingriffe gegeben.

Die Auswanderung aus dem Deutschen Reich weist 1894 einen Rückgang gegen das Vorjahr auf. Schon damals war ein bedeutender Rückgang gegen 1892 festzustellen, nämlich 168 272 Auswanderer über deutsche Häfen gegen 241 595 im Jahre 1892. Im Jahre 1894 aber wurden über deutsche Häfen nur befördert 86 326 Personen, und zwar 47 499 über Bremen und 38 827 über Hamburg. Die große Mehrzahl der Auswanderer ging nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, nämlich 78 094. Unter den Auswanderern waren Deutsche 33 566, davon 17 581 männliche und 15 985 weibliche. Der Rückgang der Auswanderung ist zum größten Theil die Folge der Geschäftskrisis in den Vereinigten Staaten gewesen. In Hamburg hat noch immer die Choleraepidemie von 1892 ihre Nachwirkungen ausgeübt, zumal in Folge der lange fortgesetzten Sperre der preussischen Grenze gegen die russischen Auswanderer der Auswandererstrom von Hamburg sowie den übrigen deutschen Häfen zum großen Theil abgelenkt und seitdem die Route über Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen bevorzugt worden ist. Es wird in dem amtlichen Bericht betont, daß diese Ableitung gesundheitlich für Deutschland gar keinen Vortheil mit sich bringe, da sehr viele russische Auswanderer nach den ausländischen Häfen ihren Weg über deutsches Gebiet nahmen. Um den so entstandenen Mißständen zu begegnen und einen geregelten Auswandererverkehr zu bewirken, hat der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Mittengesellschaft Kontrollstationen an den russischen Grenzübergängen errichtet, die für gesundheitliche Ueberwachung der Auswanderer Sorge tragen.

Der telegraphische Unfall-Melddienst ist von der Reichspostverwaltung im Jahre 1894 bei weiteren 1035 Telegraphenanstalten eingeführt worden. Die Zahl der Orte, wo der Unfall-Melddienst im Reichs-Telegraphengebiet besteht, ist dadurch von 6577 Ende 1893 auf 7612 Ende 1894 gestiegen. Die Unfall-Meldestellen sind im letzten Viertel 1894 zur Aufgabe von 4229 Unfallmeldungen benutzt worden; von diesen sind 3209 durch Erkrankungen von Menschen, 770 aus Anlaß von Vieherkrankungen, 99 wegen Feuers-, 22 wegen Wassergefahr und 129 aus sonstigen Anlässen nöthig geworden. Es sind also täglich im Durchschnitt 46 Unfallmeldungen telegraphisch befördert worden.

Lübeck und Umgegend.

1. März.

Die öffentliche Osternprüfung wird nach einer Bekanntmachung im Amtsblatte in Genin am 11. März, Neede am 12. März, Moisling am 14. März, Krepelsdorf am 16. März, Wulfsdorf am 18. März, Krumbek am 19. März, Utecht am 20. März, Moorgarten am 21. März, Niendorf am 25. März, Dissa am 26. März, Dummerdorf am 27. März, Niederbüßau am 28. März, Curau am 30. März abgehalten werden. Die Prüfung beginnt in allen Schulen um 2 Uhr.

des Nackens noch vorthelhafter aus der lockigen Umrahmung. Fest zusammengedreht und in Gestalt einer Krone auf dem Hinterkopf befestigt, erschienen die schimmernden, funkelnden Strähne fest zu schwer für die schlaffe Gestalt.

„Na, Dein Haar kann sich sehen lassen,“ murmelte der Portier.

„Wenn ich es offen herabhängen lasse, kann ich mich darauf setzen,“ warf Folly gleichmüthig hin.

„Also Dein Pflegevater war Tänzer?“ begann der Portier nach einer Weile wieder.

„Ja; er tanzte den Harlekin und meine Pflegemutter die Colombine.“

„Wie hieß sie?“

„Marie la Rose Fernandez.“

„Was Du nicht sagst — Tom Fernandez war Dein Pflegevater — ich war früher am Drurylane-Theater und habe sie beide gut gekannt. Bei dem schrecklichen Eisenbahnunglück in Weybridge fanden beide ihren Tod, nicht wahr?“

Folly bejahte und spielte nervös mit ihren kleinen Fingern, während der Portier sie mit neuem Interesse betrachtete.

„Weißt Du, daß wir eigentlich alte Bekannte sind?“ sagte er jetzt, indem er seinen Stuhl näher zum Feuer rückte. „Du mußt das nämliche kleine Mädchen sein, welches ich bei einem Besuch in Toms Haus in Chortsey sah — eigene Kinder hatte er doch nicht, soviel ich weiß?“

„Nein,“ sagte Folly leise.

„Damals sah ich Dich tanzen und als ich Tom fragte, ob Du zur Bühne kämst, sagte er, das habe noch lange Zeit. Aber wie ist mir denn? Tom ließ doch damals eine Andeutung fallen, Du solltest ihn beerben.“

Von der Gemeindeversammlung in Krumbek ist das bisherige Mitglied des Gemeindevorstandes, Fuhrer W. F. Tschau in gleicher Eigenschaft auf die geleyliche Amtsbauer von 6 Jahren wiedergewählt worden. Die Bestätigung dieser Wahl ist durch das Stadt- und Landamt erfolgt.

Hamburg. Die Verhaftung des Mörders Richard Erpel. Am 25. d. Mts. kam der Schlosser Böse zu dem Pfandleiher Polack, um dort eine Uhr zu verpfänden. Dieselbe war indessen bereits als bei einem Uhrendiebstahl in Döbesloe entwendet angemeldet worden. Infolgedessen wurde Böse verhaftet und gab nun an, daß der Räubersführer bei dem Diebstahl der Schlosser Grey sei, von dem er sich in Lübeck getrennt habe. Zu gleicher Zeit machte ein Käufer aus der Spitalerstraße die Anzeige, daß bei ihm ein Fischer Namens Förster wohne, der Uhren und Ketten in solcher Anzahl besitze, daß der Verdacht des Diebstahls naheliege. Darauf kam auch Förster in Haft und sagte aus, daß ihm die Uhren von einem gewissen Jonny Hausdorf gegeben worden seien, der wiederum dieselben von einem in der Repsoldstraße wohnenden Unbekannten erhalten habe. Dort halte sich auch ein junger Mann auf, der jedenfalls um die Herkunft der Uhren wisse. Der Unbekannte wurde als Richard Steig, Repsoldstraße 25 logierend, ermittelt und in seinem Zimmer eine sehr große Quantität Kaufmannsgüter aufgefunden. Auch Steig wurde nun verhaftet. Darauf stellte sich wieder heraus, daß der bei ihm sich aufhaltende junge Mann Niemand anders war als der lange gesuchte Mörder Richard Erpel, der sich den Namen Grey beigelegt hatte. Erpel erzählt, daß, nachdem er mit seinem Bruder und Mörder den Einbruch in Plöhensee ausgeführt hatte, alle Drei sich nach Sachsen begeben hätten und in Hochkirch bei A. Wersch eingebrochen seien. Von dort gingen sie nach Leipzig, dann nach Hamburg, wo er bei Jonny Hausdorf Unterkunft fand. Dieser nahm ihm die gestohlenen Uhren ab und nun begab er sich mit Mörder nach Binneberg, wo sie einen Uhrendiebstahl verübten. Mörder wurde dabei gefaßt, während Erpel nach Lübeck entkam, wo er mit dem Schlosser Böse zusammentraf. Mit diesem nun verübte er in Döbesloe einen Uhrendiebstahl. In Haft befanden sich hier nunmehr Mörder und Böse als Einbrecher, Erpel, der sich Grey nannte, als Einbrecher und Mörder, Hausdorf und Steig als Helfer.

Hamburg. Gestern meldeten wir, daß sich der Arzt Dr. Samuelsohn, der wegen Sittenverbrechens verhaftet war, im Gefängniß erschossen habe. Wir wunderten uns darüber, daß der Betreffende als Untersuchungsgefangener in Besitz eines Revolvers gelangen konnte. Eine Erklärung dafür finden wir jetzt im „S. E.“, welches berichtet: „Nach den vorliegenden Nachrichten handelt es sich um den praktischen Arzt Dr. Samuelsohn, einen noch jungen Mann (er stand im 28. Lebensjahre), aus Breslau gebürtig. Derselbe hatte seine Wohnung in der Wilhelminenstraße 71, wo er sich wiederholt gegen junge Mädchen im Alter von 10—15 Jahren, die ihn konsultirten, in unsittlicher Weise vergangen haben soll. Auf erstattete Anzeige hin wurde Dr. Samuelsohn am Sonntag verhaftet und in das Untersuchungsgefängniß überführt. Dienstag Mittag erhielt Dr. Samuelsohn den Besuch des Rechtsanwalts Dr. Berthold, dem er seine Vertheidigung übertragen wollte, und mit dem er sich besprach. Auf seine Bitte hin gab ihm Dr. Berthold, mit dem er gut bekannt war, einen Revolver. Eine halbe Stunde, nachdem der Anwalt den Gefangenen verlassen hatte, erschoss sich dieser. Dr. Berthold hat sofort, nachdem er von dem Selbstmord des Inhaftirten gehört hatte, sich zu dem Oberstaatsanwalt begeben und diesem erklärt, daß er dem Verhafteten den

Revolver gegeben habe; keine andere Person trage also die Schuld, daß Dr. Samuelsohn in den Besitz einer Schußwaffe gekommen sei und eine Untersuchung nach dieser Richtung hin sei also überflüssig.

Bremen. Die Vorböten der drohenden Tabakfabriksteuer machen sich in Gestalt von Arbeiterentlassungen auch bereits in der Tabakindustrie in Bremen und in der Umgegend bemerkbar. In Burgdam, woselbst ja 2500 Tabakarbeiter aus der dortigen Umgebung ihren Unterhalt finden, sind die Zigarrenfabriken von Martin Wilkens Nachf. und Emil Schmidt u. Co. am vorletzten Sonnabend mit Kündigung eines großen Theiles ihrer Arbeiter vorgegangen, während dem übrigen Theil die sofortige Kündigung bei einer ev. Annahme der Vorlage in der Kommission in Aussicht gestellt worden ist. Die erstere Firma, welche auch in Westfalen drei Fabriken besitzt, gehört auch dort zu denjenigen, welche ihren sämtlichen Arbeitern die Entlassung bei Annahme der Tabaksteuer kürzlich angekündigt hat. Die übrigen Fabrikanten Burglesums haben ebenfalls den Betrieb dahin eingeschränkt, daß die Arbeiter zu der Lieferung des halben Penums in der Woche angehalten sind. Auch in der hiesigen Zigarrenfabrik von Penke, Westerstraße, deren Inhaber die obgenannte Firma Schmidt u. Co. ist, ist den Arbeitern eine gleichlautende, die Entlassung betreffende Verfügung zugegangen. — Hoffentlich wird durch die vollständige Ablehnung der Tabaksteuer-Vorlage das verhängnißvolle Unheil abgewendet.

Rostock. Zu Bürgern zweiten Grades hat das großherzogliche Ministerium unsere Genossen gestempelt. Auf ein Gesuch des Buchdruckers Genossen Mensch um Genehmigung zur Gründung eines Arbeiter-Wahlvereins für den V. Mecklenburger Wahlkreis, hat das Ministerium folgende Antwort ertheilt:

„Auf ihren Vortrag vom 1. d. M. erwidert das unterzeichnete Ministerium, daß die nach Vorschrift der landesherrlichen Verordnung vom 27. Januar 1851, betreffend Versammlungen und Vereine zu politischen Zwecken erforderliche diesseitige Genehmigung zu der beabsichtigten Gründung eines Arbeiter-Wahlvereins für den V. Mecklenburgischen Reichstags-Wahlkreis, auch abgesehen davon, daß über Statut, Organisation pp. bisher nichts vorliegt, nicht in Aussicht gestellt werden kann.“

Wenn die geplante Vereinsbildung ohne Zweifel dazu bestimmt ist, den Bestrebungen der Sozialdemokratie zu dienen, so erscheint für das unterzeichnete Ministerium jede anderweitige Entschließung ausgeschlossen durch die grundsätzlich feindliche Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Ordnung, welche die sozialdemokratische Partei im Gegensatz zu den übrigen politischen Parteien kennzeichnet.

Schwerin, den 22. Febr. 1895.

Großherzoglich Mecklenburg. Ministerium
des Innern.
H. v. Bülow.

An

den Buchdrucker Mensch
zu Rostock.“

Das ist die berühmte „Gleichheit“ vor dem Gesetz. Was den Konservativen und Freisinnigen erlaubt, ist den Sozialdemokraten verboten. Nun unsere Genossen werden sich darin zu schiden wissen und bei der nächsten Reichstagswahl dem hohen Ministerio des „Erbweishheits“-Landes mit dem Ochsenkopfwappen die quittirte Rechnung überreichen.

und wenn ich Dich jetzt so anschau . . . nimm mir's nicht übel, aber . . .“

„Die Verwandten haben Alles bekommen,“ versetzte Folly finster.

„Ah — der Herr Bruder und die saubere Frau Schwägerin?“

„Sawohl — das Weib ist ein Teufel!“ rief Folly blühenden Auges.

„Ei, Du scheinst ja Frau Peter Fernandez sehr genau zu kennen,“ kicherte der Portier.

„Leider Gottes — und ich könnte ihr kalten Blutes den Hals umdrehen.“

„So haben sie Dich um Alles gebracht?“

„Um Alles, und dann hüllten sie mich in Lumpen, ließen mich arbeiten, bis mir das Blut unter den Nägeln hervorsprang und gaben mir nicht satt zu essen. O, wenn ich dem Weibe Alles heimzahlen könnte, was sie mir angethan!“

Der Portier überlegte eine kleine Weile, dann fuhr er fort:

„So kamst Du also zu ihnen, als Deine Eltern verunglückt waren?“

„Ja. Dem Londoner Advokaten, bei welchem meine Pflegeeltern ihr Testament machen wollten, machten sie weiß, sie würden mich halten, wie ihr eigen Kind, und dann behandelten sie mich so niederträchtig!“

„Und da ließt Du ihnen davon?“

„Ja; ich hätte es schon früher gethan, wenn ich Geld gehabt hätte. Der Mann war ordentlich gegen mich; wenn es seine Frau nicht sah, schenkte er mir mitunter ein kleines Geldstück, damit ich mir Obst kaufen könne, aber ich hob das Geld auf und als ich genug hatte, lief ich davon. Hier ist das Geld — ich versteckte es immer unter einem Mauerstein!“ Bei diesen Worten

zog Folly ein kleines, aus buntem Rattun gefähtes Beutelchen aus der Tasche und schüttete den Inhalt desselben — etwa 30 einzelne Pence — in ihren Schooß.

„Na, Du bist resolut,“ lachte der Mann.

„Ich hab's lernen müssen,“ nickte Folly. „Als nun neulich alle ausgegangen waren, habe ich mir dieses Rattunkleid gebügelt und die Handschuhe gewaschen; die Feder nahm ich mir von einem alten Hut der Tante und während sie heute denn in der Kirche waren, lief ich fort.“

„Ich an Deiner Stelle hätte ihnen zum Abschied das Haus angezündet!“ lachte der Portier.

„Ganz so schlimm habe ich's nicht getrieben“, gab Folly ebenfalls lachend zurück; aber ich habe den Schürhaken glühend heiß gemacht und mit demselben ihre hübsche Photographie, die über dem Sopha hing, ganz durchstochen.“

„Du gefällst mir, Mädel!“ damit bot ihr der Portier die Hand.

Folly ergriff die Hand und sagte dann:

„Ich mag Euch auch wohl leiden und wenn ich erst reich bin, sollt Ihr's noch gut haben. Habt Ihr auch eine Frau?“

„Das versteht sich — habe auch etliche Rangen, die ungefähr in Deinem Alter sind — wie alt bist Du denn?“

„Fünfzehn Jahre. Wenn Ihr Niemand gehabt hättet, wäre ich gleich zu Euch gegangen und hätte Euch gekocht und geflickt — wie schade, daß nun nichts daraus wird!“

„Du scheinst wirklich brav zu sein — ich hätte Dich übrigens für älter gehalten, Du bist auffallend groß und schlank.“

(Fortsetzung folgt.)